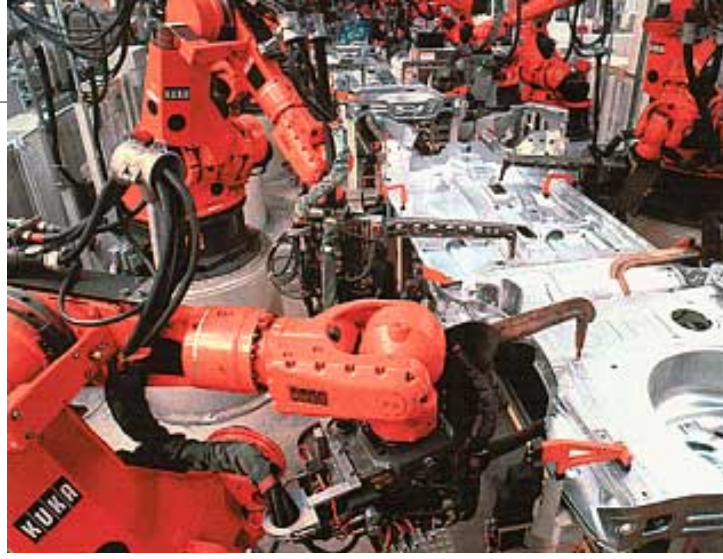

(l.) AKG; (r.) J. SEIDEL

Industriearbeit (1914), automatisierte Produktion (1998): *Die gängigen ökonomischen Theorien stammen aus einer vergangenen Zeit*

ZUKUNFT

Wie wir arbeiten werden ...

Wie ist die Jobkrise erfolgreich zu bekämpfen? Auf welche Arbeitswelt müssen sich die Europäer einstellen? Der neue Bericht an den Club of Rome bietet unkonventionelle Lösungen – jenseits der deutschen Standortdebatte. *Von Hubert Kleinert*

K.-B. KARWASZ / ARGUS

Hubert Kleinert, 43, Ex-Geschäftsführer der Grünen-Bundestagsfraktion, gilt als Vordenker der Ökopartei. Er kandidiert erneut für den Bundestag. Für den SPIEGEL stellt er den neuen Bericht an den Club of Rome „Wie wir arbeiten werden“ vor.

Oft kommt es nicht vor, daß ein Buch derart andauernde politische Wirkungen hat, wie es dem Club of Rome 1972 gelungen ist. „Grenzen des Wachstums“ wurde zum Bestseller, weltweit zwölfmillionenmal verkauft. Mitten in einer Phase prosperierender Ökonomie hatten die Autoren mit ihren Analysen vom Raubbau an den Naturressourcen das Vertrauen in die Kräfte der Wachstumswirtschaft nachhaltig erschüttert.

Jetzt liegt ein neuer Bericht an jene Organisation vor, die sich als Mahner der Welt versteht. Er handelt vom zweiten Kernthema, an dem sich die Zukunft demokratischer Gesellschaften im 21. Jahrhundert entscheidet. „Wie wir arbeiten werden“* betrachtet die Massenarbeitslosigkeit – und will Wege aus der Krise weisen.

Thema wie Zeitpunkt sind erstklassig gewählt. Denn was vor 25 Jahren unvorstellbar schien, ist heute Wirklichkeit: 1997 wurde allein in den reichen OECD-Staaten die Rekordzahl von knapp 36 Millionen registrierter Arbeitsloser erreicht. Die Auswirkungen sind brutal: soziale Ausgrenzung, sinkende Steuereinnahmen, Erosion der sozialen Sicherungssysteme.

Es scheint, daß vor unseren Augen eine Epoche zu Ende geht. Die Zeit des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, bei uns soziale Marktwirtschaft genannt, ist wohl vorbei. Die über Jahrzehnte leidlich gelungene Balance zwischen wirtschaftlichem Wohlstand, sozialer Integration durch Beteiligung am Erwerbsleben und den staatsbürgerlichen Mitspracherechten einer liberalen Demokratie neigt sich offenbar dem Ende zu. Seit Mitte der siebziger Jahre ist der Sockel der Arbeitslosigkeit über die Konjunkturzyklen hinweg ständig gewachsen. Jede neue Rezession brachte neue Rekordmarken.

Es bekommt der Studie von Orio Giarini und Patrick M. Liedtke gut, daß sie weit ausholt. Ihre historisch-philosophischen Exkurse über den Wert der Arbeit und den Wandel des Begriffs der Arbeit schaffen einen Rahmen, der das Thema vor jeder ökonomischen Verkürzung bewahrt. Für die Autoren ist Arbeit nicht Restgröße betriebswirtschaftlicher Kalkulation, sondern Voraussetzung menschlicher Persönlichkeitsentfaltung. Ihr Anliegen ist nicht das übliche Credo von der Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wettbewerbsarena.

Das Gefühl der Ohnmacht der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik sei nicht zuerst eine Folge der Wirklichkeit, sondern vielmehr Konsequenz der mangelnden Fähigkeit, diese Wirklichkeit richtig zu verstehen, so die Autoren. Die gängigen ökonomischen Theorien entstammten einer vergangenen Zeit, als noch die Industrie dominierte, und passen daher nicht mehr zu den Anforderungen einer modernen Dienstleistungsgesellschaft. So sei die alte Vorstellung, daß der Arbeitsplatzschwund durch immer neue Produktivitätsschübe wettgemacht würde, ein Produkt der industriellen Ära – und mit dieser perdu.

Weder angebots- noch nachfrageorientierte Theorien, weder linke noch rechte Politik böten heute noch brauchbare Denkmuster. „Da die Veränderungen so dramatisch sind, wird eine bloße Erweiterung der heutigen Konzepte nicht ausreichen“, schreiben sie.

Deswegen sei nun die Zeit reif für neue Ideen und eine „neue Politik der Vollbeschäftigung“. Dazu haben die Autoren ein „Mehrschichtenmodell von Arbeit“ entwickelt, das sich in drei Kategorien teilt.

Die „erste Schicht produktiver Tätigkeit“ betrachten sie als „Basiseinheit der Arbeit“: Jedem erwerbsfähigen Mitglied der Gesellschaft müsse die Chance zu einem Minimum bezahlter produktiver Tätigkeit eröffnet werden. Als Minimum wird dabei das Anrecht auf eine Teilzeitarbeitsstelle von etwa 20 Arbeitsstunden verstanden. Bezahlt wird die Tätigkeit in der Größenordnung eines existenzsichernden Mindesteinkommens.

Als zweite Schicht definieren die Autoren den klassischen Sektor der Erwerbsarbeit. Er soll weiterhin im Zentrum der Wirtschaft stehen, aber viel flexibler als bisher gestaltet sein: „Der einzelne kann frei entscheiden, ob und wieviel er auf die-

* Orio Giarini, Patrick M. Liedtke: „Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome“. Hoffmann und Campe, Hamburg 1998; 39,80 Mark.

ser Ebene arbeiten möchte“, heißt es im Bericht an den Club of Rome.

Die dritte Schicht umfaßt „Tätigkeiten, die entweder keinen Marktwert haben oder deren Marktwert sich nicht wirklich schätzen läßt“, etwa ehrenamtliche Arbeiten, deren Anerkennung in der Zukunft wachsen soll. Als Beispiel werden die Senioren-Dienste genannt, die in Entwicklungsländern ihre Erfahrungen anbieten.

Das Neue an dem Modell ist die erste Schicht. Durch Einsatz öffentlicher und privater Finanzmittel müsse auf der Basis von Teilzeitarbeit eine Sphäre von gemeinwohlorientierten Tätigkeiten entstehen, fordern die Autoren. Bildung, Gesundheitswesen und Sozialdienste werden als Bereiche genannt, in denen solche Tätigkeiten gebraucht werden.

Zur Schaffung der finanziellen Grundlagen dieses neuen Sektors von Arbeit sollen alle Finanzquellen herangezogen werden, aus denen heute Arbeitslosentransfers und Sozialhilfe gezahlt werden. „Es wird keine Bezahlung mehr für das Untätigbleiben geben, sondern Unterstützungen für das Tätigbleiben“, sagen Giarini und Liedtke. Sie betrachten somit Sozialpolitik als Beschäftigungspolitik. In ihren Modellen werden die Menschen von Transferleistungs- zu Gehaltsempfängern.

„Vom Marktmechanismus allein ist nicht mehr viel zu erwarten“

Ein garantiertes Mindesteinkommen soll zugleich helfen, die komplizierten Sozial- und Steuersysteme zu vereinfachen. Zur Verrechnung zwischen Grundeinkommen und zusätzlichen Erwerbseinkommen dient das schon in den vierziger Jahren entwickelte Modell der negativen Einkommensteuer. Liegt ein Einkommen oberhalb des Mindesteinkommens, sind Steuern zu zahlen. Wer weniger verdient, bekommt eine „negative Einkommensteuer“ vom Finanzamt, also einen Lohnzuschuß.

Die Klarheit, mit der sich die Verfasser von der Hoffnung verabschieden, ein neues Beschäftigungswunder sei durch neue Wachstumsschübe zu erwarten, bringt das Dilemma der aktuellen Politik auf den Punkt. Wenn dieser industrialistische Traum tatsächlich ausgeträumt ist, dann ist vom Marktmechanismus allein nicht mehr viel zu erwarten – es gibt viele Indizien dafür, daß dies so ist.

Und wenn das zutrifft, gibt es zu einer Beschäftigungspolitik, die auf anderen Wegen neue Beteiligungschancen eröffnet, kaum eine Alternative. Auch alle Strategien zur Kostensenkung mit dem Ziel steigender Wettbewerbsfähigkeit würden dann aus dem Dilemma des „jobless growth“ nicht wirklich herausführen. Ob das Modell dann „zweiter Arbeitsmarkt“ heißt oder als „Non-Profit-Sektor“ zwischen Staat und kommerzieller Privatwirtschaft angesiedelt wird, ist gleich. Wichtig ist, daß neue Beteiligungschancen für alle erschlossen werden.

Die Alternative dazu ist der amerikanische Weg mit seinem hohen Beschäftigungsanteil im privaten Dienstleistungssektor. Dieser Weg setzt darauf, einen Niedriglohnsektor im ersten Arbeitsmarkt entstehen zu lassen. Der Preis, der für die relativ hohe Beschäftigungsquote gezahlt wird, sind die vielen „working poor“ und der hohe Anteil von „bad jobs“.

Dieser Weg und seine sozialen Konsequenzen sind mit den Traditionen des europäischen Sozialstaats unvereinbar. Der Ausbau von Sozialwirtschaft und gemeinnütziger Arbeit setzt gewiß eher am Bedarf der europäischen Staaten an als die Vorstellung, eine Armada von Schuhputzern und Gepäckträgern löse das Beschäftigungsproblem der Zukunft. Ob es um die Betreuung alter Menschen geht, um Kranke und Behinderte, um Tätigkeiten in Bildung und Weiterbildung, um Gemeinwesenarbeit – es ist ja nicht so, daß es hierzulande keine Arbeit gibt.

Was als Kerngedanke im Bericht an den Club of Rome konzeptionell überzeugend klingt, hat im Detail mancherlei Ungereimtheiten. Eher diffus wirkt etwa der Vorschlag, daß für die neuen Beschäftigten Gelder aus anderen Sozialkassen umgeschichtet werden sollen. Was soll dann mit denen geschehen, die zu Erwerbsarbeit gar nicht fähig sind? Wenn aber große Teile des alten Systems aufrechterhalten bleiben sollen, stellt sich die Finanzierungsfrage. Dazu bieten die Autoren zuwenig.

Gar nicht einleuchten mag schließlich die scharfe Trennung zwischen den verschiedenen Sphären von Beschäftigung. Soll die angestrebte Konzentration auf die „Grundbeschäftigung“ dazu führen, daß Beschäftigungsförderung im klassischen Sektor der Erwerbsarbeit nicht mehr stattfindet? Daß keine Einarbeitungs- oder gar Lohnkostenzuschüsse mehr gezahlt werden können? Wie aber sollen dann flexible Übergänge möglich sein, wie soll verhindert werden, daß immer höhere Mauern entstehen zwischen einem schmaler werdenden Sektor gut bezahlter Tätigkeiten im klassischen Erwerbsbereich und einer öffentlich finanzierten Grundbeschäftigung? Die Vorschläge wollten Spaltung und Ausgrenzung doch gerade verhindern.

Die Autoren des Berichts an den Club of Rome haben Mut bewiesen, wenn sie in dieser Zeit eine „Politik der Vollbeschäftigung“ fordern. Allen Unschärfen und Einzelfragen zum Trotz: Es ist zu hoffen, daß die Grundüberlegungen der Studie die öffentliche Meinung ähnlich beeinflussen können, wie das den Studien zur Umweltpolitik einst gelungen ist. Fünf Millionen Arbeitslose sind Grund genug für eine deutsche Debatte jenseits der einstudierten Standortrhetorik. ◆